

Plenardebatte am 12.12.2014

TOP 7: „Solidarität und Stabilität in der Eurozone: Keine Denkverbote bei der europäischen Arbeitslosenversicherung“

Landtagsabgeordneter Matthias Kerkhoff

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Piratenfraktion spricht sich in ihrem Antrag gegen Denkverbote aus. Nun ist ja Denken nie verboten. Aber wer genau das an dieser Stelle tut, kommt, meine ich, zu dem Ergebnis, dass man das Projekt einer europäischen Arbeitslosenversicherung wohl besser nicht weiter verfolgen sollte. (Beifall von der CDU und der FDP)

Der Weg zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Europa führt nicht über mehr Transfers, sondern führt über Strukturreformen, über Wachstum. Und das sind in erster Linie die Aufgaben der einzelnen Länder. Europäisch kann dies durch Programme flankiert werden, aber letztendlich bleibt es eine Aufgabe der nationalen Politik, Reformen politisch durchzusetzen. Erste Erfolge beispielsweise in Irland und in Portugal zeigen, dass dies gelingen kann. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat durchgerechnet, wie ein solcher europäischer Mechanismus auf Basis der diskutierten Modelle wirken würde. Die Simulation – bei all den Schwächen, die Simulationsberechnungen immer haben – ist hochinteressant mit Blick darauf, wer in welchem Umfang profitiert. Diese Berechnungen kommen zu dem Ergebnis, dass Deutschland für das Beispieljahr 2011 einen negativen Saldo von 5,4 Milliarden € zu verzeichnen gehabt hätte. Setzt man die Berechnungen fort, blickt auf den gesamten Zeitraum von 2006 an, dann würde dieser negative Saldo bei knapp 20 Milliarden € liegen. Damit hätte Deutschland 30 % der gesamten Leistungen einer hypothetischen europäischen Arbeitslosenversicherung gezahlt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wäre geradezu ein AfD-Förderprogramm und Wasser auf die Mühlen aller Euroskeptiker, wenn wir ein System implementieren würden, das die Kosten der Arbeitslosigkeit auf diese Art und Weise umverteilt.

(Beifall von der CDU)

Zu Recht hätten viele Menschen in Deutschland kein Verständnis dafür, dass sie für falsche Arbeits- und Wirtschaftspolitik in anderen Ländern zur Kasse gebeten würden. Kollege Kern, als Sie am vergangenen Freitag im Europaausschuss den Gesandten des Botschafters Italiens zu dieser Idee gefragt haben, hat er Ihnen sehr zurückhaltend darauf geantwortet. In der Sprache der Diplomatie heißt das, dass auch er davon nicht sonderlich viel hält. Und dass sich auch die deutsche Bundesregierung ablehnend äußert, mag den Antragsteller nicht zurückhalten. Er sollte aber sehr wohl die Auffassung der Sozialpartner zu dieser Frage beachten, die sich in ihrer Ablehnung ebenfalls einig sind. Die Europäische Union hat in Fragen der Sozialversicherung keine Kompetenz. Zunächst müssten die Verträge entsprechend geändert werden, und zwar einstimmig. Auch organisatorisch wäre dieses Vorhaben ein Riesenprojekt. Aber völlig losgelöst von rechtlichen oder organisationspolitischen Fragestellungen halte ich ein europäisches System der Arbeitslosenversicherung auch politisch für fragwürdig. Denn, meine Damen und Herren, es setzt die falschen Anreize. Wenn Länder die Kosten der Arbeitslosigkeit nicht mehr alleine tragen müssen, sinkt doch auch der Druck zu Reformen. Und wenn es Länder gibt, die beispielsweise durch einen zu hohen Mindestlohn den Einstieg in den Arbeitsmarkt erschweren und die Arbeitslosigkeit der Geringqualifizierten steigt, dann darf es keinen europäischen Ausgleichsmechanismus geben, sondern dann muss der Druck steigen, etwas zu verändern.

(Beifall von der CDU und Dirk Wedel [FDP])

Meine Damen und Herren, mein Wunsch wäre, dass wir uns genauso intensiv und beharrlich mit Lösungen für die strukturellen Probleme in Europa beschäftigen würden. Umverteilungen und Transfers sind Scheinlösungen. Der Schlüssel für mehr Wachstum und Arbeit in Europa liegt in Strukturreformen. Viele Länder sind hier auf einem guten Weg, aber noch lange nicht am Ziel. Deshalb ist es auch unsere Aufgabe aus Deutschland heraus, die zu unterstützen, die diesen harten Weg gehen. – Vielen Dank.

Es gilt das gesprochene Wort

Den weiteren Verlauf der Debatte finden Sie unter:

<http://landtag/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP16-67.pdf?von=6794&bis=6799>